

Pressebericht zum Gespräch der Bürgerinitiative mit Vertretern der SPD-Landtagsfraktion im Landtag Baden-Württemberg am 03.02.11

Am vergangenen Donnerstag, 03.02.11, trafen sich in Stuttgart Vertreter der Bürgerinitiative gegen ein Großgefängnis in Rottweil am Standort Bitzwald (BI) mit mehreren Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion. Die SPD-Landtagsabgeordneten nahmen sich viel Zeit für die von der Bürgerinitiative vorgetragenen Informationen und das anschließende konstruktive Gespräch mit den Bürgern.

Aus Schömberg kamen Bürgermeister Karl-Josef Sprenger, Gemeinderat Karl-Heinz Koch, Manfred Wachter und Karin-Wenzig-Luck, aus Schörzingen Ortsvorsteher Josef Rissler, aus Villingendorf Henning Theobald und aus Neukirch Ortschaftsrat Karl-Heinz Mutschler sowie Ingeborg Gekle-Maier. Interessiert hörten sich die SPD-Landtagsabgeordneten den Bericht der Gäste über Motive und Hintergründe des Bürgerengagements gegen den geplanten Neubau eines Großgefängnisses im Bitzwald an.

Hans-Martin Haller, MdL Wahlkreis Balingen, der schon bei der Kundgebung in Schömberg deutliche Worte über die fehlende Transparenz bei der Standortsuche gefunden hatte, bereitete das Gespräch mit der BI hervorragend vor. Dank seiner Unterstützung konnten die BI-Vertreter am Rande der Plenarsitzung mit den SPD-Experten zum Thema Justiz und Strafvollzug sprechen.

Claus Schmiedel, MdL und SPD-Fraktionsvorsitzender; Rainer Stickelberger, MdL, Mitglied des Fraktionsvorstands und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion; Nikolaos Sakellariou, MdL, Strafvollzugsbeauftragter der SPD und stellvertretender Vorsitzender im Petitionsausschuss; Fritz Buschle, MdL Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen, Mitglied im Ausschuss Ländlicher Raum und im Petitionsausschuss sowie Hans Martin Haller bekamen durch das mitgebrachte Foto „Ausblick vom Plettenberg auf den geplanten Standort im Bitzwald“ und einer Luftaufnahme der Region gleich zu Beginn des gut 2-stündigen Gesprächs einen Eindruck von der Lage des geplanten Standorts. Sie sahen auf eine noch intakte Waldlandschaft nahe Schömberg, Schörzingen, Zepfenhan und Neukirch, in der unmittelbar an der Kreisgrenze und 10 km fernab der Kernstadt Rottweil ein Großgefängnis nach dem Willen des Rottweiler Gemeinderats gebaut werden soll. Vor diesem Eindruck trugen die BI-Vertreter den SPD-Politikern die Gründe des Bürgerengagements gegen den geplanten Standort vor. „Wir sind keine Gefängnisgegner, wir sind aus guten Gründen Standortgegner“, ließ Ingeborg Gekle-Maier von Beginn der Unterredung an keinen Zweifel daran, dass die BI die Notwendigkeit modernen und zeitgemäßen Strafvollzugs anerkennt.

Das geplante Vorhaben im Bitzwald verstoße gegen die zum Schutz von Landschaft, Natur und Boden erlassenen Landesgesetze, führe zu einem unnötigen Flächenverbrauch und einem erheblichen Eingriff in eine bisher noch naturbelassene Landschaft sowie zur Zerstörung des Landschaftsbildes und einer artenreichen Hochwasser-Retentionsfläche mit Auenwaldstruktur, so die ökologischen Argumente der BI gegen den Standort.

Weiter hörten die SPD-Politiker die Kritik der BI daran, dass es bislang keine ergebnisoffene Suche nach intelligenteren Alternativ-Standorten über die Region Rottweil hinaus gegeben habe, was bei einem überregionalen Bauprojekt des Landes Baden-Württemberg nicht gerechtfertigt sei. Die BI erinnerte an die Landtagsanfrage des MdL Hans-Martin-Haller DRS 14/7126 und die erfolgte Antwort von Finanzminister Stächele vom 24.11.10, die genau das bestätigte. (*„Da in Rottweil innerörtliche Brachflächen in der erforderlichen Größe nicht verfügbar sind, muss mit dem geplanten Vorhaben in den Außenbereich ausgewichen werden.“*)

Schließlich kritisierte die BI, dass das Bauvorhaben gegen die einstimmigen Beschlüsse der Ortschaftsräte von Neukirch und Zepfenhan, der Gemeinderäte des Oberen Schlichemtals sowie des Ortschaftsrates Schörzingen durchgezogen werden sollte, nachdem es ohne Offenheit in der Sache und im Ergebnis von Stadtverwaltung und Landesregierung hinter dem Rücken der betroffenen Bürger ausgehandelt und beschlossen worden sei.

MdL Claus Schmiedel äußerte nach diesem Bericht sein Verständnis für den Unmut der Bürger über die geschilderte Intransparenz der Standortauswahl. Darüber hinaus wurde von den SPD-Vertretern zugesagt, bei einem Regierungswechsel die JVA-Standortsuche nochmals offen und bürgernah aufzuarbeiten. Die Ereignisse um Stuttgart 21 hätten gezeigt, dass solche großen Bauvorhaben für den Bürger von Anfang an transparenter und nachvollziehbarer gestaltet werden müssen.

Trotz einer anstehenden Debatte im Plenum beließen es die SPD-Vertreter jedoch nicht nur beim bloßen Zuhören. Sie zeigten den BI-Vertretern konstruktiv Wege und Möglichkeiten auf, sich gegen die Intransparenz im bisherigen Verfahren und die lokal- und landespolitische Willkür zu wehren.

Motiviert und zufrieden über die Offenheit und Gesprächsbereitschaft der SPD-Landtagsabgeordneten stimmten die BI-Vertreter nach Abschluss der Gespräche darin überein, dass sich die Fahrt nach Stuttgart für die „acht Schwaben“ außerordentlich gelohnt hat.

Für die BI: Ingeborg Gekle-Maier am 09.02.2011